

„Aus der Nachkriegszeit geboren ...“ – die Entstehung des Landes Hessen

Die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist in Deutschland, vor allem in Hessen, durch die Ära der amerikanischen Besatzungspolitik, die Eingliederung der Vertriebenen, die Entnazifizierung, die Demokratisierung und die Währungsreform bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet. Die amerikanische Besatzungszone umfasste auf der Grundlage der von Dwight D. Eisenhower am 19. September 1945 bekanntgegebenen „Proklamation Nr. 2“ Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen, wobei dieses „Kurahessen und Nassau (ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt-Goarshausen) und Hessen-Starkenburger, Oberhessen und den östlich des Rheines gelegenen Teil von Rheinhessen“ einschloss. Am 14. April 1945 übernahm beispielsweise Ludwig Bergsträsser von der US-Militärregierung den Auftrag, eine überregionale Verwaltung aufzubauen. Dies wurde vom „Alliierten Kontrollrat“ eingeleitet. Schließlich wurde Bergsträsser am 8. Mai 1945 Präsident der Darmstädter Regierung und plädierte bald nach Kriegsende für die Vereinigung aller hessischen Gebiete. In der Folge weiterer Ereignisse gründete die amerikanische Besatzungsmacht den neuen Staat „Groß-Hessen“, wobei nach Annahme der Verfassung am 1. Dezember 1946 die Umbenennung in „Land Hessen“ erfolgte. Mit dem Einzug der Amerikaner seit den Märztagen 1945 in Alsfeld und der Ausübung ihrer Besatzungsmacht begannen diese in der Stadt und dem Umkreis sofort, Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung zu ergreifen. Die Proklamationen General Eisenhowers wurden öffentlich verlesen und am Rathaus und anderenorts angeschlagen. Vorhandene Waffen wurden eingezogen, „Nazis“ sollten dingfest gemacht und sogleich verhaftet werden. Dienst- und Wohngebäude sind für die amerikanischen Truppen und Behörden beschlagnahmt worden. Die ersten Maßnahmen galten aber auch der Beseitigung der schlimmsten Not. Es wurden Unterkünfte für Ausgebombte, Vertriebene und Flüchtlinge geschaffen sowie Lebensmittelkarten und Bezugscheine ausgegeben. Äußerst interessant ist die Berufung des ersten Nachkriegsbürgermeisters, folgt man in aller Kürze der umfangreicheren Wiedergabe Herbert Jäkels in den Mitteilungen des Geschichts- und Museumsvereins. Mit dem Einmarsch der Amerikaner im Frühjahr 1945 erschienen zwei amerikanische Offiziere auf dem Marktplatz, die den Bürgermeister suchten. Dr. Völsing, der rasch abgesetzt wurde, war in jenen Tagen nicht vor Ort auffindbar. Die Amerikaner trafen auf den Stadtinspektor Weber und fragten diesen, wer er denn sei. Da Weber lange Jahre in der Stadtverwaltung gearbeitet hatte, wollten ihn die Besatzer zum Bürgermeister machen. Weber wehrte sich, rief durch ein offenes Fenster den ersten Beigeordneten der Stadt, Willi Müller, herbei, denn dieser war in Abwesenheit sogleich der Vertreter des Bürgermeisters. Unverhofft kam Willi Müller nun zu seinem neuen Posten als der „erste Nachkriegsbürgermeister“ Alsfelds, denn die Amerikaner bestimmten diesen, ohne dass sie zögerten, für eine geraume Zeit zum Stadtoberhaupt, wobei Weber ihm assistieren sollte.

Mit dem Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus im März 1946 begannen die Spruchkammern mit der Entnazifizierung. Mitglieder der NSDAP und ihrer Organisation wurden fristlos aus dem Dienst entlassen, zur einfachen Arbeit verpflichtet oder erhielten empfindliche Strafen. Erklärte Nazigegner, politisch Verfolgte und KZ-Häftlinge erfuhren dahingegen allmählich Eingliederung, Toleranz und Akzeptanz. Am 20. Januar 1946 fanden die ersten Gemeinde- und am 28. April die ersten Kreistagswahlen statt. Zum Bürgermeister der Stadt Alsfeld wurde mit 7:4 Stimmen Wilhelm Falkenstein (CDU), zum Landrat einstimmig August

Rosenkranz (SPD) gewählt. Am 1. Dezember 1946 fand die Volksabstimmung über die hessische Verfassung statt. 1948 blühte in den westlichen Besatzungszonen der Schwarzmarkt auf, die alte Reichsmark war nichts mehr wert. Man bezahlte mit „Ami-Zigaretten“ - sie waren der Wertmaßstab. Schlagartig wurde daraufhin am 18. Juni 1948 die Währungsreform verkündet. Ab dem 20. Juni besaß jeder das „neue“ Geld, zunächst pro Kopf 40 DM. Das alte Reichsmarkguthaben wurde im Verhältnis 10:1 auf die neue Währung umgestellt. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 ist Hessen mit seiner ersten demokratischen Nachkriegsverfassung ein wichtiger Bestandteil des demokratischen Gemeinwesens geworden.

Lisa Eckstein und Alina Schlitt